



«Uns braucht es noch»: Leonardo Benazzi in seiner Schmiede im zürcherischen Grüningen. (31. 3. 2022)

## Schmiede kämpfen um ihre Berufslehre

Ein traditionelles Handwerk wird in der Berufsbildung marginalisiert. Doch die Schmiede wehren sich.

René Dözü

Um den Teufel zu bändigen, muss der Schmied dreimal auf den leeren Amboss schlagen. So geht der alte Brauch: «Wir stehen am Abgrund», sagt Leonardo Benazzi in Grüningen (ZH). Seine Hand umfasst den Stil eines grossen Hammers, den er auf glühendes Eisen niedersausen lässt, so dass die Funken sprühen. An der Wand sind Dutzende Hämmer aufgehängt, in einer Ecke wartet ein Wirtshauschild auf die Restaurierung. In der Esse glüht die Kohle, das Luftgebläse faucht.

Leonardo Benazzi ist enttäuscht. «So wie es aussieht, wird der Schmied als Beruf aussterben», sagt der 50-jährige Vater von einer Tochter und zwei Söhnen. Schuld sei nicht etwa die mangelnde Nachfrage nach Schmiedearbeiten oder das Desinteresse der Jungen am Beruf – «ich habe jedes Jahr mehrere Schnupperstifte». Schuld seien vielmehr Verbandsfunktionäre, die die Berufsbildung gestalten. «Alles Leute, die sich selber die Hände nicht mehr schmutzig machen wollen», schimpft er.

Um den Mann zu verstehen, braucht es einen Blick zurück. Vor 130 Jahren wurde der Schweizerische Schmiede- und Wagnermeisterverband gegründet. Dieser fusionierte 1973 mit dem Schlosserverband zur Metallunion, heute AM Suisse. Dort sind die Schmiede nunmehr die Exoten neben einer Überzahl von grösseren Metallbauern.

Dieser Verband schafft vor gut zehn Jahren die Berufslehre zum Schmied ab. Stattdessen heisst die Ausbildung nun Metallbauer EPZ Fachrichtung Schmiedearbeiten. Seither hat sich die Zahl der Lehrabschlüsse halbiert auf

gut ein Dutzend pro Jahr. Dagegen stemmen sich die Schmiede, die sich in einer Interessengemeinschaft organisiert haben, deren erster Präsident Benazzi war. «Wir verschwinden langsam aus der öffentlichen Wahrnehmung», sagt er.

Den Schmieden passiert, was andere Berufe auch erleben: Niemand lernt heute mehr Schreibmaschinenmechaniker, Fotolaborant oder Etuilmacher. Es ist der Lauf der Zeit. «Diese Berufe sind ausgestorben, uns aber braucht es noch», kontert Benazzi. «Wir haben ein traditionelles Fachwissen, das gerade bei historischen Bauten wie Kirchen oder Schlössern mit ihren Türen, Fenstergittern und Zäunen wichtig ist.» Doch zunehmend würden solche Aufträge an Metallbauer vergeben, die diese wiederum ins Ausland weiterreichen. «Wollen wir so mit unseren Kulturdenkmälern umgehen?», fragt er.

Es ist Stolz, der aus ihm spricht. Gekränkter Stolz. Denn kürzlich gingen die Schmiede bei der Revision der Berufsbildungsverordnung unter. Sie kämpften dafür, die Lehre wieder einzuführen – drei Jahre gemeinsam mit den Metallbauern, ein Jahr fachspezifisch allein. Damit verbänden die Hände nicht mehr schmutzig machen wollen», schimpft er.

Nun aber plant der Verband sogar einen weiteren Abbau. Aus der bisherigen Fachrichtung soll ein Schwerpunkt Schmiedearbeiten werden. Statt 100 Lektionen fachspezifischer Schulung soll es noch deren 40 geben, heisst es. Der Verband beschwichtigt: «Es sind noch keine Lektionenzahlen verabschiedet worden», sagt Direktor Bernhard von Mühlhens. Die Zahl der Lektionen sei auch nicht so relevant, da die Lernenden ihre handwerkliche Kompetenz im Lehrbetrieb erlangen.

Eine eigene Lehre mit schulischer Differenzierung sei «quantitativ und qualitativ nicht zielführend». Zu diesem Schluss sei man gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) gekommen.

Der Bund aber gibt das heisse Eisen zurück. Die Berufsverbände seien zuständig für die Ausgestaltung der Berufslehren. «Wir machen keine Vorschriften zum Inhalt der Ausbildungen oder zu deren Benennung, sofern sie stufengerecht sind und sich zu anderen Berufslehren abgrenzen», sagt Toni Messner, Leiter Ressort Berufliche Grundbildung beim SBFI. Im konkreten Fall habe die AM Suisse die Inhalte der Ausbildung definiert. Es hätte durchaus auch andere Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Schmiedenlehre gegeben – etwa indem man die Metallbauberufe zu einem Berufsfeld zusammengefasst hätte mit separaten Lehren zum Schmied und Metallbauer.

Allerdings müsste man dafür die Ausbildung genügend differenzieren. «Bei Lehren mit nur rund einem Dutzend Abschlüssen pro Jahr in der ganzen Schweiz, ist das eher schwierig», sagt Messner. Grundsätzlich sei es für die künftigen Berufsleute besser, wenn sie ein Fähigkeitszeugnis erhielten, das relativ weit gefasst ist. «Das erhöht ihre Arbeitsmarktfähigkeit.» Das ist ein Trend auch bei anderen Lehren: weg vom Fachspezifischen, hin zum Allgemeinen.

Allein die Idee, ein ausgebildeter Schmied könne keine Stelle finden, bringt Benazzi zur Weissglut. Er würde noch so gerne einen Fachmann einstellen, doch keiner der von ihm angefragten Personalvermittler konnte helfen. Nun stapeln sich die Aufträge. Das filigrane Wirtshauschild in der Ecke muss warten. Derzeit gilt es, stumpfe Meissel wieder spitz zu schlagen. Eine gute Arbeit, um Wut abzulassen.

# Bund soll für alte AKW aufkommen

Economiesuisse zweifelt an der Energiewende und fordert deshalb, dass Kernkraft im Ernstfall staatlich gefördert werden kann

Andrea Kučera

Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Mit diesen Worten begründet Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder, weshalb Atomstrom im Notfall subventioniert werden soll. «Die Situation ist dramatisch», sagt er, «bereits ab 2025 droht uns im Winter der Strom auszugehen.» Bestehende Kernkraftwerke, deren Rentabilität nicht mehr gegeben sei, sollten deshalb staatlich gefördert werden können, «falls sie für eine zuverlässige Stromversorgung unentbehrlich sind.»

Der Plan des Wirtschaftsdachverbands wäre ein Bruch mit der heutigen Praxis. Als der Bundesrat 2011 den Atomausstieg beschloss, entschied er, die fünf Schweizer AKW – Mühleberg, Beznau I und II, Gösgen und Leibstadt – so lange weiterlaufen zu lassen, wie sie sicher betrieben werden können. Inzwischen gehen Behörden und Betreiber von einer rund 60-jährigen Laufzeit aus. Bis jetzt gilt der Grundsatz: Der Bund macht die Sicherheitsvorgaben. Die Besitzer entscheiden aber eigenständig über den Weiterbetrieb. 2013 beschloss der Stromkonzern BKW bekanntlich, das AKW Mühleberg vom Netz zu nehmen, weil sich die Investitionen in die Sicherheit nicht mehr rechnen. Seit 2019 ist das Kraftwerk stillgelegt.

Ein solches Szenario will Economiesuisse in Zukunft verhindern. «Aus der Sicht der Landesversorgung war der Entscheid, Mühleberg abzuschalten, fahrlässig», sagt Mäder. «Es darf künftig nicht mehr möglich sein, dass eine Betreibergesellschaft einen einsamen Entscheid über die Abschaltung seines Kernkraftwerks fällt und den Aspekt der Landesversorgung ausser acht lässt.»

Der Vorschlag des Wirtschaftsdachverbands sieht vor, die vier verbliebenen AKW so lange wie nötig am Netz zu behalten – notfalls mit staatlicher Unterstützung, sollte sich der Betrieb nicht mehr rechnen. «Wenn so ermöglicht wird, dass ein bestehendes Kraftwerk weitere Jahre Strom liefert und dies für eine sichere Landesversorgung unerlässlich ist, dann soll sich der Betreiber für staatliche Fördergelder bewerben können», sagt Mäder.

Präsentiert hat Economiesuisse diese brisante Idee bereits

am 30. März im gemeinsam mit den Verbänden Swissem und Scienceindustries verfassten Papier «Grundpfeiler für eine sichere, nachhaltige und wirtschaftliche Stromversorgung».

Vor dem Hintergrund, dass Energieministerin Simonetta Sommaruga am Donnerstag einen Rettungsschirm für systemkritische Stromkonzerne vorgestellt hat, gewinnt der Vorschlag nun unverhofft an Aktualität: Sommarugas Plan ist zwar eine Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Preisvolatilität am Strommarkt; die Verbände adressieren hingegen ein längerfristiges Versorgungsproblem. Gemeinsamer Treiber beider Ansinnen aber ist die Angst vor einer Stromlücke.

### «Der Plan ist gefährlich»

Die Wirtschaftsverbände begründen ihren Ruf nach dem Staat damit, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht rasch genug voranschreite. Sie sind mit dieser Sorge nicht allein: Die Eidgenössische Elektrizitätskommission warnt vor einer Stromlücke von bis zu zehn Terawattstunden im Winter, sollte die Kernenergie nicht bald ersetzt werden können.

In der Tat tragen Sonne, Wind, Biomasse und Kleinwasserkraft erst 10 Prozent zum Strom-Liefermix bei, die Schweizer AKW noch immer 20 Prozent (siehe Grafik). Es sei vor diesem Hintergrund fahrlässig, sagt Mäder, einseitig auf die Erneuerbaren zu setzen: «Wir müssen technologieoffen sein und nicht alle Eier in einen Korb legen.»

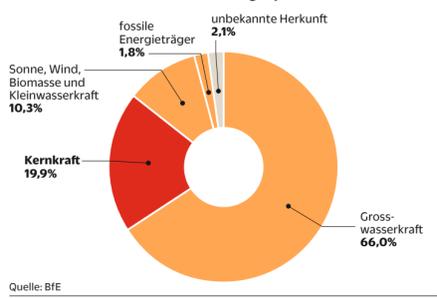
Die Reaktionen aus der Politik auf die Vorschläge sind durchgezogen. Zu den Befürwortern zählt SVP-Nationalrat Christian Imark: «Oberste Priorität hat die Erzeugung von genügend Winterstrom», meint er. «Darum muss die öffentliche Hand notfalls bereit sein, entsprechende Energieträger zu unterstützen.»

«Subventionen für Uralt-AKW sind ein No-go», sagt hingegen Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. «Da haben die Wirtschaftsverbände jahrelang ein Loblied auf den freien Markt gesungen, und jetzt soll es plötzlich der Staat richten?» Das Geld, das die Wirtschaft für Atomstrom bereitstellen wolle, solle lieber in die Erneuerbaren investiert werden, ergänzt die Präsidentin der ständerätlichen Energiekommission, Elisabeth Baume-Schneider (SP): «Wir müssen in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit investieren.» Die grüne Ständerätin Lisa Mazzone sieht es ähnlich. «Der Plan der Verbände ist gefährlich», findet sie. «Ändern sie vorschlagen, das für die Erneuerbaren vorgesehene Geld umzuleiten, verzögern sie deren Ausbau und die Abschaltung der AKW – auf Kosten unserer energetischen Souveränität und Sicherheit.»

Dem widerspricht FDP-Energiopolitikerin Susanne Vincenz-Stauffacher: Sie sehe zwar die Gefahr, dass der Ausbau der Erneuerbaren konkurrenzieren werden könnte. «Aber gerade weil ich die Erneuerbaren zum Fliegen bringen will, bin ich dafür, dass wir für den Umbau möglichst viel Zeit gewinnen.» Damit die Versor-

### Ein Fünftel des Stroms stammt aus Kernkraft

Anteil am Strom-Liefermix nach Energiequelle in Prozent



## Beziehung zur EU: Nun gerät der Bau in die Bredouille

Wegen des Streits mit der EU drohen der Bauwirtschaft Nachteile. Geraten nun die Gewerkschaften unter Druck? Ladina Triaca

Markus Stebler baut Fenster, mit Vorliebe Dachfenster. Die meisten montiert er in denkmalgeschützten Häusern, wo sie Licht in dunkle Räume bringen sollen. Vor dem Einbau lässt Stebler seine Fenster prüfen, etwa auf Wasserdichte und Luftdurchlässigkeit. Dann liefert seine Firma sie aus dem solothurnischen Oensingen in die ganze Schweiz – und in die EU. Jedes vierte seiner Fenster passiert die Grenze.

Das ist möglich, weil die Schweiz mit der EU ein sogenanntes Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse – kurz MRA – geschlossen hat. Dieses sieht vor, dass 20 Produktgruppen – darunter Maschinen, Aufzüge oder eben Bauprodukte – hindernisfrei in den EU-Binnenmarkt exportiert werden können. Für Fensterbauer Stebler heisst das: Er kann seine Fenster in der

Schweiz prüfen lassen, und die ausgestellten Zertifikate werden in der Europäischen Union als gleichwertig anerkannt.

Doch das könnte sich ändern. Denn die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU befinden sich seit dem Scheitern des Rahmenabkommens auf einem Tiefpunkt. Solange keine institutionelle Lösung vorliegt, weigert sich die EU, neue Abkommen mit der Schweiz auszuhandeln und bestehende – wie das MRA – zu aktualisieren.

Als Erstes hat das die Medizintechnikbranche zu spüren bekommen. Im Mai 2021 – als die neue EU-Medizinprodukteverordnung in Kraft trat – weigerte sich die EU, im MRA das Kapitel über die Medizinprodukte zu aktualisieren. Seither wird die Schweiz als Drittstaat behandelt: Hiesige Unternehmen können ihre Produkte, wie Hüftprothesen oder Röntgengeräte, nicht mehr in der Schweiz zertifizieren lassen, sondern müssen dies in der Europäischen Union tun. Und sie brauchen einen Bevollmächtigten in einem EU-Land, der allfällige



Betreiberesellschaften sollen nicht mehr eigenmächtig über die Abschaltung von Kernkraftwerken entscheiden: Kühlturm des AKW Gösgen. (25. Januar 2022)

### Das Abschaltdatum rückt näher

Voraussichtliche Ausserbetriebnahme der Schweizer AKW bei 60-jähriger Laufzeit



gungssicherheit gewährleistet sei, brauche es die Verlängerung der Laufzeit der AKW. «Falls dies nur mit staatlicher Förderung möglich sein sollte, will ich mich dieser Idee nicht verschliessen.»

### Christoph Blochers Idee

Die Branche selbst reagiert zurückhaltend: Der Konzern Axpo, Betreiber von Beznau I und II, ruft in Erinnerung, dass ein Werk vom Netz gehen müsse, falls die Sicherheit nicht mehr gewährleistet oder die Investition in die Nachrüstung nicht mehr wirtschaftlich sei. «Ob ein Subventionsmechanismus diesen unternehmerischen Entscheid beeinflussen könnte und zu welchen Kosten, lässt sich zurzeit nicht be-

urteilen.» Der Konzern Alpiq, Mitinhaber von Gösgen und Leibstadt, schreibt derweil, es brauche keine Subventionen, damit die Werke sicher und wirtschaftlich betrieben werden könnten, «sondern stabile Rahmenbedingungen, beispielsweise für die Finanzierung der Stilllegungs- und Entsorgungsaktivitäten.»

Interessanterweise war der Vorschlag der Wirtschaft bereits einmal aktuell: Vor dem Hintergrund des damals drohenden Groundings von Axpo und Alpiq forderte SVP-Doyen Christoph Blocher 2016 ebenfalls Subventionen für Atomstrom. Vor acht Jahren erlitt die Idee Schiffbruch. Ob es diesmal anders ist, wird die Debatte im Parlament zeigen.

## Der Ruf erfolgt aus der Sorge, der Ausbau der Erneuerbaren gehe nicht schnell genug.

Polizei löst grosses Autotreffen auf

Die Zürcher Kantonspolizei hat in der Nacht auf Ostersonntag ein Treffen der Autotuning-Szene aufgelöst. Aufgrund von Hinweisen überprüften die Polizisten während rund drei Stunden auf dem Rastplatz Kempthal gegen 50 Fahrzeuge sowie deren Halter und Mitfahrer, heisst es in einer Mitteilung. Durch die Präsenz der Polizei habe sich das Treffen schliesslich automatisch aufgelöst. (zsz.)



SP-Nationalrat Eric Nussbaumer.

wand und die Kosten unweigerlich steigen.» Auch der Import von Bauprodukten dürfte schwieriger werden, wenn Schweizer und Europäische Unternehmen nicht mehr gleich lange Spiesse hätten, fürchtet er. Sein Fazit: «Das Bauen in der Schweiz wird teurer werden.»

Damit gehören sich die Branchen, die potenziell von den Nadelstichen der EU betroffen sind. Besonders ist, dass es mit dem Bau diesmal eine Branche

treffen könnte, aus der bisher vor allem die europakritischen Stimmen zu hören gewesen waren. So hatten sich die Gewerkschaften vehement gegen das Rahmenabkommen gewehrt, weil sie eine Schwächung des Lohnschutzes – mitunter auf dem Bau – befürchteten hatten. Was, wenn die Branche nun ohne Rahmenabkommen in die Bredouille gerät?

SP-Nationalrat Eric Nussbaumer gehört zu den Europafreunden in seiner Partei. Er sagt: «Das Bauen in der Schweiz wird künftig nicht mehr lustig sein. Das kann die Gewerkschaften nicht kaltlassen.» Er hofft, dass die Wichtigkeit von aktualisierten Abkommen in allen Bereichen «nun endlich erkannt wird» und dass das linke Lager geschlossen eine rasche institutionelle Lösung mit der EU unterstützt.

Und bei den Gewerkschaften? Dort hat man den Eindruck, dass einzelne Vertreter der Baubranche die allfälligen Änderungen bei den Produkte-Regeln dramatisieren, um Druck auf den Lohnschutz auszuüben. Daniel Lampart, der Chefökonom des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, sagt, die Zertifizierungen stellen für die Baufirmen in der Regel einen vernachlässigbaren Kostenfaktor dar. «Andere Faktoren wie die Rohstoffkosten oder die Stärke des Frankens sind für die Materialpreise viel wichtiger.»

Welchen Preis die Bauwirtschaft am Ende bezahlen wird, lässt sich nicht vorhersagen. Erste Erkenntnisse könnte aber die Medizintechnikbranche liefern, die vor einem Jahr den hindernisfreien Zugang zum EU-Markt verloren hat. Daniel Delfosse vom Branchenverband Swiss Medtech sagt: «Wir sind als Branche nicht untergegangen, aber es ist aufwendiger geworden.» Die Mehrkosten für die 350 Schweizer Hersteller und die 1000 Schweizer Händler beliefen sich im Schnitt auf rund zwei Prozent ihres Umsatzes. Auf die gesamte Branche gesehen, mache das sowohl beim Export als auch beim Import jährlich über 100 Millionen Franken aus. «Die Frage ist, wer das bezahlt», sagt Delfosse. «Am Ende vermutlich die Konsumenten über höhere Preise.»

## In Kürze

### Cassis sieht Schweiz unter den Besten

Bundespräsident Ignazio Cassis zeigt sich mit der Umsetzung der Sanktionen gegenüber Russland zufrieden. «Wir sind nicht nur auf Kurs, sondern unter den Besten weltweit», sagte er in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF. Die Schweiz habe seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs acht Milliarden Franken gesperrt und zwölf Gebäude beschlagnahmt. Kritik höre er fast nur aus dem Inland, nicht aber von anderen Staaten. (zsz.)

### 35 000 Flüchtlinge registriert

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine, die in die Schweiz gelangen, nimmt weiter zu. Bis am Samstag hat das Staatssekretariat für Migration 35 872 geflüchtete Menschen registriert. Davon haben 29 203 den S-Status erhalten. Seit Ausbruch des Krieges sind fast fünf Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. (zsz.)

### Drei Männer sterben bei Verkehrsunfall

Am Karfreitagabend ist es im sankt-gallischen Niederruzwil zu einem schweren Unfall gekommen. Drei junge Männer starben, zwei Frauen wurden verletzt. Sie sasssen alle im gleichen Fahrzeug. Dieses kam gegen Mitternacht von der Fahrbahn ab, prallte in eine Leitplanke, flog durch die Luft und überschlug sich beim Aufprall. Laut der Kantonspolizei waren zwei Männer sofort tot, die Reanimation beim dritten Mann verlief erfolglos. (zsz.)

### Polizei löst grosses Autotreffen auf

Die Zürcher Kantonspolizei hat in der Nacht auf Ostersonntag ein Treffen der Autotuning-Szene aufgelöst. Aufgrund von Hinweisen überprüften die Polizisten während rund drei Stunden auf dem Rastplatz Kempthal gegen 50 Fahrzeuge sowie deren Halter und Mitfahrer, heisst es in einer Mitteilung. Durch die Präsenz der Polizei habe sich das Treffen schliesslich automatisch aufgelöst. (zsz.)

ANZEIGE



«Ich sage JA zu Frontex, um den Zugang zum Schengen Informationssystem zu sichern. Ohne diesen ist unsere Polizei quasi blind.»

Am 15. Mai Frontex-Schengen ja frontex-schengen-ja.ch